



**Coffeade.** Am Mittwoch wurde hier eine Arbeiterfrau verhaftet, die elf Kinder, davon sechs schwächliche, zurückgelassen hat.

**Dohna.** Auf dem Wege von Sürßen nach Dohna waren von den am Schlossmühlenberg stehenden Bäumen in leichter Zeit mehrere Bäume abgesägt worden. Der Gendarmerie Dohna gelang es jetzt, die Diebe zu stellen. Es sind drei Einwohner, Vater, Mutter und Sohn, aus Sürßen. Die Baumstümpfe waren im Vogtland, eine 85 Centimeter breite und 12 Meter lange Stütze umauschnitten, als sie von der Gendarmerie entdeckt wurden. Sie hatten einen Wagen, Kugel und Säge bei sich.

**Bauhen.** Wegen Beleidigung der Chefarzt des Reichspräsidenten Oberst verurteilte das Landgericht Bauhen den 42-jährigen Ladungsmann Biegendanz aus Sebnitz zu 25 000 Mark Geldstrafe. Er hatte in einer an den Gemeinderat gerichteten Eingabe behauptet, Frau Oberst habe ihre privaten Neufahrungspläne unter die amtliche Korrespondenz ihres Mannes gemischt und sie auf Reichskosten befördern lassen. Auch hatte er die Verwendung gebraucht, er wolle es nicht behaupten, dass Frau Oberst Dienstmarken vom Schreibtisch ihres Mannes „gelenkt“ habe. Die sozialistischen Gemeinderäte legten den Reichspräsidenten davon in Kenntnis, dieser stellte Strafantrag. Das Schöffengericht Pulsnitz hatte Biegendanz zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Staatsanwaltschaft batte Berufung eingelegt.

**Bauhen.** Beim Gründgraben fanden hier Arbeiters in geringer Tiefe Teile eines menschlichen Skeletts und dabei neue Silbermünzen, vermutlich Silbergroschen, die noch verhältnismäßig gut erhalten sind. Nach der noch unerledigten Uruntersuchung kamen sie aus dem Jahre 1881.

**Bauhen.** Der Mühlendörfler Alwin Fehrmann geriet beim Auslegen des Kreisbremens ins Getriebe, wurde an der Nase erfaßt und blutunterlaufen. Er erlitt so schwere Verleugnungen, daß der Tod sofort eintrat.

**Böbau.** Durch unvorsichtiges Umgehen mit einem Revolver ist ein hiesiger Lebender ums Leben gekommen. Die Kugel drang ihm in den Kopf und löste seinen tödlichen Tod herbei. Ferner verursachte das Spiel mit einem Teichling im Kanal den Tod eines Knaben. Als zwei Knaben mit der Waffe hantierten, entfuhr ihm die Kugel durch den älteren in den Kopf und tötete ihn sofort.

**Schönborn.** Ein Neubau der Gemeinde hat durch eine Bodenentfernung infolge Tiefstandes derartige Risse bekommen, daß die gefährdeten Gebäude abgetragen und neu gebrückt werden muß, was der Gemeinde große Kosten verursacht.

**Schönborn.** Sechs Mitglieder der ersten Riege des Turnvereins "Vorwärts" Radeberg wurden, als sie sich im heiligen Gottesdienst am Silvesterabend an turnerischen Vorführungen beteiligten, ganz empfindlich bestohlen. Die Diebe liegen nach Eindrücken des Zecklers in den Entwicklungsrammen der Bühne und stahlen aus der Garderobe des lebendigen Turners die Brieftaschen, in welchen sich Geldbeträge von je 4000 bis 8000 Mark befanden. Außerdem liegen sie noch die vergoldete Uhr mit Ketten und Medaillon des Bezirksguppenturnwarts mitgehen.

**Schemnitz.** Ein 20-jähriger Expedient ließ sich, um nach einem ehelichen Besuch seiner Frau einen Schreden einzulagern, an einem dünnen Windladen aus dem 3. Stockwerk in den Hof hinab. Der Windladen röhrt aber, der Unvorsichtige stürzte in den Hof hinab und erlitt schwer Verleugnungen.

**Hainichen.** Am Dienstag vormittag zwischen 10 und 11 Uhr wurde in der Spülküche beim Schuhmacherobermeister Müller aus dem Schlafzimmerschrank eine Geldkassette entwendet. Unerhörtlich ist es, wie der Täter unbemerkt in den ersten Stock des Hauses gelingen konnte. Polizeilich wurde festgestellt, daß er die Kassette von einem Tisch neben dem Bett weggenommen und in eine grüne Obstdecke eingeschlagen habe. Enthalten waren in der Kassette 500 000 Mark in Scheinen, 100 000 Mark in Metall, ferner Sparschiffenbücher und Wertpapiere. Der Verdacht des Diebstahls richtete sich auf einen Aufkäufer von Metallen, der unsere Stadt freuz und quer durchzog, und der schon bei Bernhard Hoyerberger in der Brüderstraße am 28. v. Miss. eine silberne Herrenuhr und zwei Luxusmarktscheine an sich genommen hat.

**Blauen.** Ein Invalide, der in angehobelter Stimmlage während einer der letzten Räte aus einer Schaffwirtschaft kam, wurde von 2 jungen unbekannten Burschen,

die sich erkosten, ihn nach Hause zu führen, seiner Ledertasche mit 40 000 Mark Bargeld verhaftet.

**Blanken.** Von der Elternabende abgekürzt hat sich der 17 Jahre alte Schlosser Max Schmidbach von Hohenstein. Der Grund der Tat ist in Arbeitslosigkeit des jungen Mannes zu suchen.

**Leipzig.** Vier junge Deute verloren, um sich Goldengel zu verschaffen, bei einer Firma in Deutschmeister-Windische und Stahlwerke im Wert von einem halben Million Mark, das sie an einen Goldproduzenten verkauften. Beiderseit, sowie drei der Täter wurden verhaftet, der vierte jedoch nur als Augel in den Kopf. — In Berlin wurde ein angeblicher Arpad Kramer aus Budapest, der sich auch Graf Stolzer nannte, als berüchtigt verhaftet, der vor einigen Wochen im Salpa für etwa 2½ Millionen Mark in ausländischen Gold- und Silbermünzen stand. Ein Teil der Diebesdeute wurde bei vorgefundene. Kramer hat mit einer Anzahl Ungarn Schiebergeschäfte schwerster Art gemacht.

**Leipzig.** Der Mieterstreit hat verhälteste Formen angenommen. Viele Mieter haben keine Miete bezahlt. Die Hausbesitzer erklären öffentlich: „Die Hausbesitzerorganisation hat den von dem Mieterverband durch Erklärung des Mieterstreits eingeworfenen Gebotshandbuch noch nicht aufgenommen. Es wird sicherlich der Bevölkerung einleuchten, daß der jetzige Zustand unhaltbar ist. Man kann nicht die Wohnung, den Verbrauch von Wasser, die Treppenbelastung, die Benutzung der Gruben in Anspruch nehmen, und ich auf der anderen Seite der Befreiung zur Siedlung der dadurch entstehenden Kosten entziehen. Soweit die Hausbesitzer eingegangen kommen können, ist dies durch Maßnahmen der Organisation bereits vor Ausbruch des Mieterstreits eingeleitet. Da die Kosten der Grubeneinräumungen, Brandkassenbeiträge usw. zurzeit außerordentlich hoch sind, ist es eine wirtschaftliche Notwendigkeit, daß die Bevölkerung, soweit irgend möglich, an der vierjährlichen Mietzahlungen festhält. Andernfalls aber ist in den vom Hausbesitzerverein herausgegebenen Formularen den Mieter die Wahl monetärer Zahlungen selbstverständlich vorbehaltlich der Vertragsbedingungen, freigesetzt.“

## Gerichtsamt.

Zwei Verhandlungstermine mit gewissen vorläufigen Einstag waren vor dem Dresdner Schöffengericht angelegt. In einem Falle stand der verantwortliche Schriftsteller der „Revue“, der Schriftsteller Paul Ernst Staberow unter Murrone. In Nr. 42 genannter Woche erschien ein Aufzug erschienen, in dem die Redewendung vorlängt, die Fabriken schwarz-rot-gold hingen wie „Seidenfahnen“ von den Wänden herab, und hierzu wurde eine Bekämpfung der Reichsflagge erholt. Der Angeklagte erklärte, durch seine Worte sollte zum Ausdruck gebracht werden, die Fabriken hätten „traurig“ herabgehängt. Das Gericht war gegenwärtiger Meinung. Der Beschuldigte wurde nach der Verordnung zum Schutz der Republik zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt. — Der zweite Verhandlungstermin richtete sich gegen den 50 Jahre alten Kaufmann Richard Adolf Alfred Paul, der sich wegen öffentlicher Beleidigung nach den §§ 185, 186 und 200 des Reichskriminalgerichts zu verantworten hatte. Mitte September war Angeklagter polegisch einer Strafenabschafft in eine Debatte über die heutigen Zustände eingeladen, er soll dabei die heutige Regierung, insbesondere die Minister stark kritisiert haben, bestreitet aber die ihm auf Last gelegten Beleidigungen. Nach Aussage des 80 Jahre alten Volksgauwachtmeisters Arthur Höltner, der sich mit auf jenem Strafenbahnhof befand, hat Paul unter anderem gesagt, die grüne Polizei

## Fortwährend

werden Bestellungen auf das Fleisch Tagessatt entgegengenommen! Man wende sich an sein zuständiges Volkamt oder an seinen Briefträger, an einen Zeitungsausdrucker oder an die Tagesschau-Geschäftsstelle in Fleisch, Goethestraße 69.

sei eine Minnert-Gubpolstal. Es folgt dem Staate jährlich 18 Milliarden Mark zu unterhalten, die Minnert seien alle Begrüter, sie seien Kultusminister, in der Regierung seien alle Kultur, Bildung, Gewerbe in davon der Hauptmacher. Diese Verhandlung endete mit der Verurteilung des Beschuldigten zu 50 000 Mark Geldstrafe, auch wurde den beobachteten Minister, die Strafantrag gehakt hatten, die Publikationsbefreiung angekündigt.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Der „Reichsangeiger“ veröffentlicht eine Verordnung über Einsicht und Verhältnis ausländischer Arbeiter und eine Verordnung über die Änderung der Verordnung über Unterbringung und Vermittlung ausländischer Arbeiter vom 19. Oktober 1922.

**Ein Volksparkkommissar.** Um die von der Reichspost- und Telegraphenverwaltung bedrohten Sparmaßnahmen einheitlich in sämtlichen Oberpostdirektionen durchzuführen, bat der Reichspostminister den Ministerialrat im Reichspostministerium Sonder zum besondern Volksparkkommissar ernannt. Die Aufgaben des Volksparkkommissars sollen hand in Hand mit denen des Reichsparkkommissars Dr. Gömöri durchgeführt werden.

**Aufgebautes „Mißhandlungen“.** Gegenüber den in der römischen Presse erschienenen Berichten über angebliche schwere Misshandlungen von Italienern in München wird von aufrichtiger Stelle festgestellt, daß allerdings in zwei Fällen hier anständige Südtiroler bürgerliche in später Nachstunde mit Betrunkenen in Streit geraten sind, der zu Täterschaft ausartete. Einem ähnlichen natürlichen Zusammenstoß waren zwei weitere Italiener ausgesetzt. In keinem Falle ist es sich aber um „Mißhandlungen“ gehandelt. In einem Falle wurde ein leichter Spazierstock, in dem anderen ein einfaches Stockfisch gebraucht. Rennenswerte Verleugnungen sind nicht erfolgt. Es handelt sich also lediglich um nötige Zwecke. Die Polizei hatte immer die erforderlichen Ermittlungen mit aller Energie aufgenommen, wie das vom italienischen Konsulat auch anerkannt wurde.

**Die Rohstoffmangel in den Ruhrgebiet.** Der vom Reichsarbeitsministerium für die Rohstoffmangel in den Ruhrgebiet eingeleitete Schlichtungsausschuß hat gestern verhandelt. Ein Schiedsspruch ist nicht zu Ende gekommen. Das Reichsarbeitsministerium wird seine Ermittlungen fortsetzen.

**Der Streik der Berliner Markthallenhändler.** Es besteht die Hoffnung, daß die gestern nachmittags begonnenen Verhandlungen zur Beilegung des Streiks der Berliner Markthallenhändler zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden, sodass mit einem baldigen Ende des Streiks gerechnet werden kann. Auch in der heute vormittag abgehaltenen Versammlung der Markthallenständiger war eine verhältnisvolle Stimmung zum Ausdruck gekommen.

### Frankreich.

**Kundgebung gegen die Besetzung des Ruhrgebiet.** Bei der vorgebrachten Kundgebung der kommunistischen Partei und den kommunistischen Gewerkschaften in Paris gegen eine etwaige Besetzung des Ruhrgebietes überbrachte das Mitglied des Preußischen Landtages, die Kommunistin Wolff, dem französischen Proletariat die Gräfe des deutschen Proletariats. Nach dem Journal soll für den Fall einer militärischen Besetzung des Ruhrgebietes in der Versammlung ein französisch-deutscher Generalstreit beschlossen werden.

### Belgien.

**Thennis demissioniert.** Der belgische Ministerpräsident Thennis hat dem Könige sofort nach dem Abbruch der Pariser Konferenz seine Demission eingereicht. **Rußland.** Lenin's Gesundheitszustand verschlimmert! Professor Alemperer, der schon früher Lenin behandelt hat, ist, wie „Ruspreß“ meldet, dringend nach Moskau gerufen worden. Der Zustand Lenins hat sich in den letzten Tagen bedeutend verschlechtert. Er konnte nicht einmal am Rätekongress teilnehmen. Die Aerzte haben Lenin das vollständige Fernhalten von jedem Staatsgeschäft angeordnet.

### England.

**Ein Darlehen an den deutschen Eisenbahnerverband.** „Times“ aufzugeben hat der britische Eisenbahnerbund beschlossen.

# CREME MOUSON

Creme Mouson ist das begehrteste und wirksamste aller Hautpflegemittel. Bei regelmäßiger Anwendung macht Creme Mouson die Haut gesund, elastisch, jugendfrisch, und verhindert die Bildung von roten Flecken.



Unebenheiten, Hautglanz etc. Die feine, diskrete Parfümierung überdeckt jeden Geruch der Transpiration. Weitere Creme Mouson Erzeugnisse: Creme Mouson Seife / Creme Mouson Rasierseife / Creme Mouson Puder.

FABRIKANTEN J.G. MOUSON & CO. - GEGRÜNDET 1798 IN FRANKFURT AM MAIN

## Schlemmer-Neujahr im Riesengebirge.

Aus Schreiberbau im Riesengebirge wird uns geschrieben: Auch Schleifer und Schaufaß haben dem Riesengebirge den von allen Skifahrern und Skideern herbeiwünschten starken Kreuzen nicht gebracht. Wohl hat es in der letzten Dezemberwoche verschrecklich geschneit; jedoch sind seit den furchtbaren Schneestürmen in der ersten Dezemberhälfte ähnlich große Schneemengen bis Neujahr nicht übergegangen, wenn auch Barometer und Sturmstesser starke Schneefälle als unmittelbar bevorstehend bereits angekündigt haben. Um Sonnabend vormittag hatte es in den Vorbergen sogar stark geregnet, sodass die dünne Schneedecke zur Glitsch wurde. Schleifer und Schaufaß taute es bis hoch hinauf; das Schleibergtal und die Vorberge hatten 8 Grad über Null! Bis Montag hatte sich der Ostwind in Hohenheim umgedreht. Die Peitsche des in jenen Sturmtagen im Schneesturm verschossenen Haushalters der Schleifbaude, der in der Wolfsschule Petrusum holen wollte, ist bis jetzt noch nicht gefunden worden und wird wohl bis ins Frühjahr unter dem Schneeboden verbergen. Der Schneesturm, auf den über 100 000 Mark Preise gesetzt worden sind, mußte verschoben werden, da unten im Schreiberbau nicht genügend Schnee liegt. Die neuerrichtete Schleifbaude ist bereits zu einem bebauungsfähigen Stiel der Schleifer des ganzen Gebirges geworden und reicht allabendlich bis tief in die Nacht weit ins schneefreie Land hinein. Um großen Teich flink Hagen bed noch immer wilde Tiere und australisches Komadenleben. Was den stark bereiteten Sportbahnen haben möglicherweise eine ganze Reihe von Unfällen erwartet.

Ein böses Kapitel sind die Preise, kostet doch jetzt eine Fahrt mit der elektrischen Talbahn von Hohenberg nach Hermendorf i. Königl. 130 Mark, nach Ober-Hermendorf 150 Mark. Für eine Schleif- bzw. Wagenschafft von Grumbachbühl nach Agnetendorf werden 150 Mark, nach Schreiberbau 200 Mark verlangt. Wer mit der Postkutsche vom Bahnhof Grumbachbühl nach Wang fahren will, muß 4500 Mark opfern. Ein Omnibusfahrt Bahnhof Grumbachbühl-Schleifbaude 1400 Mark! Da kommen nur Leute mit dicken Papierbörsen mit. Nur vorzeitig Gehsteile ist zu berichten, daß sich die beiden großen schlesischen Skiverbände zum „Schlesischen Skibund“ zusammengeschlossen haben, der seine Meisterschaft abwechselnd im Gutenfelder und am Stielbergsteige, diesmal in Grumbachbühl ausgetragen wird. Als Gegenstück zu der hochgezüchteten Damselfanden-Skitrunk hat sich nun eine Kleiderträger-Skitrunk gebildet, deren Standort die neue Kleiderträgerbaude ist. Zum ersten Mal im Gebirge erschien die neuerrichtete Skipunkt des H. G. B. — Skigruppe von Liegnitz. Auch hat sich in den Vorbergen des Riesengebirges, in Reitendorf 1. d. Nahodach, ein Winterportivverein gegründet, der die erste Skiwiese auf dem Wege zur Einführung eines platzmäßigen Winterports im Ober-Riesebach-Gebiete ist. In Strahburg im Riesengebirge ist eine neue Jugendherberge begründet worden, die der Pfadfinderjugend schon jetzt zur Verfügung steht. Sie bietet 6—10 jungen Leuten Schlafgelegenheit und ist eine Einrichtung von der Station Wallendorf-Wiegendorf der Hohensteinerstraße Greiffenberg-Heinersdorf 1. B. entfernt.

Etwas ganz Unvergleichliches bot die Silvesternacht darum, daß das Gebirge von vornholz vollständig im Mondchein übergoßen war, der alle Schneefallen und Waldtanne weißlich schneite und die Schneeflächen der Mäntel

Teile des Gebirges in sauberhaftem Licht erstrahlen. Unter solchen Verhältnissen sind viele Hunderte noch spät abends zu den Bauden hinaufgestiegen, um dort das neue Jahr zu erwarten. Der Andrang in den Bauden ist enorm; das Geld wurde hausweise verarbeitet. Schimna, Forstwitz und Vazz beherbergen die zu Langzeiten und Park geworbenen großen Bauden. Die alte Rübezahlbereichheit unseres Schlesischen Berges, wohin bist du entflohen? Das ganze Gebirge scheint nur noch der Sport zu haben, dem Kurus und der Schlemmer schnell reicht geworden! Elemente ein willkommenes Feld zu gewinnen, die nicht wissen, wie sie ihr Geld in vornehmen Weise ausgeben können.

## Kunst und Wissenschaft.

**Wochenstilplan der Staatstheater.** Überhaus: 7. 6.—10. „Tristan und Isolde“ (Worte: Karl Verner als Gott). 8.—7.—10. „Die Nibelungen“ (Worte: 9. 7.—10. Sillianische Bauernschauspieler). „Der Bajazzo“. 10. 6.—7.—10. „Zammbäufer“. 11. 7.—8.—10. „Salome“. 12. 7.—14. „Sinfonie-Konzert“ Reihe B. Vormittag 1/12: öffentliche Hauptprobe zum Konzert. 13. 7.—8.—10. „Gebet“ (14. 7.—10. „Miloletto“). 15. 7.—11. „Cigars Hochzeit“ (Schauspielhaus): 7. 2.—5. „Der Puppenmischer“ (7. 8.—10. „Die Doktorreise“). 8. 7.—10. „Wilhelm Tell“. 9. 7.—10. „Die Doktorreise“. 10. 7.—10. „Schluß und Bau“ (11. 7.—10. für den Verein Dreßner Volksbühne: „Die Volksorgie“ (nein öffentlicher Fortsetzungslauf), 12. 7.—8.—10. „Der König“. 13. 7.—8.—10. „Imperialisten“ im „Zinn“. 14. nachm. 2.—5. „Der Puppenmischer“ (14. 7.—10. „Die Doktorreise“).





# Die Pariser Konferenz ergebnislos verlaufen.

## Die gefallene Masse.

Unter Einschluß seiner ganzen anerkannt großen advo-  
katorischen Beredtsamkeit hat Poincaré der Welt, denen, die  
es bisher noch nicht wußten, klar zu machen ver sucht, daß  
Frankreich seine Bezahlung will und worum es sein  
leistungsfähiges Deutschland will. Unbekannt war um alle  
Gegenseitigkeit hat er das von allen Sachverständigen der Welt  
vorläufig betreute Wiederherstellungsproblem aus seinen  
wirtschaftlichen Angeln gehoben, in die man es in monate-  
langer Vorbereitung mühselig hineinfliegen ließ, um es  
als politischen Sturmblock zu gebrauchen. Die im Anfang  
durch wohlbekannte Kommentierung blau vernebelte  
Atmosphäre der Konferenz ist dadurch gress gestört worden.  
Sodann nun mehr alle Dinge schwindenlos in ihren eckigen  
Konturen wirken. Frankreich, so wissen wie es seit gestern  
an dem Munde seines leitenden Staatsmannes, hat  
"Furcht" vor einem aus tiefen Wunden blutenden,  
innerlich kranken, partekräftigen, jeder Waffe vertrauten,  
am Boden um Gnade liegenden Deutschland; Frankreich,  
das in furchtbarer Rüstung innerhalb Deutschlands steht.  
Die Herrschaft Europas" warum nicht mehr die Herrschaft  
der Welt? will dieses Deutschland an sich reihen, das selber,  
immer nur der Völkerkriegsmiliz Europas war  
und das die Schmach nach einem Blas an der Sonne  
hente so bitterlich büßt! Also "Mord" Frankreichs  
Ministerpräsident. "Mordet" er wirklich! Es liegt so  
nude, dem gallischen Großredner das nicht zu glauben.  
Und doch, ein Schimmer von Wahrheit liegt in dem Wort-  
gebin, das von den Generälen nach vorn geschnitten. Man  
hat Deutschland als übermäßig arbeits, geschäftig wie  
in solcher Kraft und Güte wirksam gewordenes Macht-  
ereignis vor Augen gehabt. Man dat, zumindest einen,  
mit dieser in seiner tief umfassenden Größe unheimlichen  
Wollgestalt gerungen und mit physischer Kraft ihrer nicht  
Herr werden können. Nun liegt der blonde Mies stöhnend,  
aber im Innersten immer noch seines Wunderwerks von  
gekettet und morgens sich bewegt, am Boden. Nun will man  
ihn ins Herz stoßen, mitten hinzu. Ja, das weiß auch ein  
Poincaré, daß der Erstarkte, in seinen Fesseln schlechtert  
arbeiten kann um goldene Frau. Aber er soll ja nicht  
erstarken, er soll keine Rückerziehung der tief in Fleisch und  
Muskel schneidende Seel verfliehen, er soll, so will es der  
Dok, nicht - atmen. Daher es zwischen Tod und bedrohlicher  
Vollkraft viel klug erwogene, dem britischen Kolonial-  
herrschergerüste gelöste Todesstufen gibt, das wollen  
Augen nicht sehen, die von Nase-Blut unterlaufen sind.

England beginnt, aus dem Nordatlantikus der Kolon-  
ialität erwachend, die Empfindungsbedürfe des ehemaligen  
Alliierten zu durchschauen. Was Lloyd George, nicht mehr  
durch Ministerpflichten gefestigt, über den Kampf von Ver-  
fallen bis Genoa ausplaudert, ist uns Deutschen nichts  
Neues. Erkenntnisgewinn aber aus dem Vande, das heute,  
aus eigener Schuld, in Frankreich den Bedrohter seines  
Imperiums leben muß. Ungekümmer noch sagt Daily  
Chronicle, was leicht Sinn der französischen Politik ist:  
Verwaltung des Erbes Ludwigs XIV., Herstellung Deutsch-  
lands, Vernichtung seines Fleisches, Verteilung seiner Grenzen  
(soweit dies mit Englands Hilfe noch nicht geschehen),  
Bewegung französischer Truppen, französischer Beamten.  
Frankreich verweilt den englischen Plan eben weil er zur  
Stärkung Deutschlands führt und damit den Vormund  
der Weltverteilung der Politik Moltke-Joches bestreiten  
würde.

Welche Folgen dieser englisch-französische Kampf einmal  
haben wird, läßt sich heute mit Klarheit noch nicht erledigen.  
Bündigt hat er auch die Pariser Konferenz ergebnislos aus-  
gehen und damit wieder einmal eine Hoffnung Deutschlands  
auf einen Umschwung zunächst werden lassen.

## Amerika und die Pariser Konferenz.

New York Herald meint aus Washington, daß die  
Regierung ausführliche Berichte über die Verhandlungen  
der Pariser Konferenz vom amerikanischen Botschafter  
Herrn und dem Vertreter der Vereinigten Staaten in der  
Reparationskommission Bodden erhalten und daß man sich  
in Regierungskreisen für die Vorgänge lebhaft interessiere.  
Es verlautet, daß Präsident Harding hinsichtlich der künftigen  
Stellungnahme der Vereinigten Staaten die entschiedenste  
Haltung eingenommen habe. Er sei entschlossen, dahin zu  
wirken, daß die Reparationsfrage gelöst werde, und er sei  
bereit, auch die letzten Mittel Amerikas anzuwenden, um  
eine Verständigung zu erreichen, obwohl es natürlich  
möglich sei, daß die Bemühungen der Vereinigten Staaten  
nicht gewünscht würden. In diesem Falle werde nichts  
getan werden, um ein amerikanisches Eingreifen bei den  
Alliierten durchzuführen.

Nach einer Meldung aus Washington verlautet von  
zuständiger Seite, daß die Regierung für Annahme des  
Entwurfs Robbins', betreffend die Vertretung der Ver-  
einigten Staaten in der Reparationskommission, sei. Sie  
habe eine solche Vertretung immer als wünschenswert  
erachtet. Sie habe jedoch auf dem Standpunkt, daß es  
Sache des Senats sei, der einen ähnlichen Vorschlag des  
Präsidenten Wilson abgelehnt habe, hierüber Besluß zu  
lassen.

## Der deutsche Friedenspakt-Vorschlag.

In einem Telegramm an den französischen Botschafter  
in Washington kommentiert Poincaré die Erklärungen des  
deutschen Außenministers von Rosenburg über den deutschen  
Vorschlag eines Sicherheitspaktes. Er bittet den Staats-  
sekretär Auguste darauf aufmerksam zu machen, daß der  
deutsche Vorschlag die Räumung des linken Rheinufers vor  
der Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands beweise.  
Es sei unlöslich, zu behaupten, Deutschland würde, bevor  
es in den Völkerbund einztritt, alle seine Unterdrückt-  
tragenden Bestimmungen des Versailler Vertrages unter-  
werfen. Es stünde ihm also frei, Frankreich angreifen.  
Der Vorschlag England, Frankreich und Italien nicht an-  
zugreifen, lasse Deutschland die Freiheit, deren Verbündete,  
ja sogar neutrale angreifen, um die von Polen und  
Dänen bewohnten Gebiete wieder an sich zu reißen und  
seine Herrschaft in Europa wieder vorzubereiten. Sobald  
Deutschland wieder zum Kriege schreite, würde es sich zuerst  
auf die kleinen Nationen stützen, deren Unterstützung durch  
die Entente der Sicherheitspakt unmöglich machen würde.

Wie WTB, hört, wird eine Antwort auf diese Be-  
hauptungen Poincarés folgen.

## Stillstand auch in Basanne.

Die Schwierigkeiten in der Mossul-Frage haben sich so  
vergrößert, daß die Verhandlungen auf dem taten Punkte  
angelangt sind. Die britischen und türkischen Militärs  
verhindern sind zu keiner Einigung gelangt. Angeblich  
des Überechtes der Pariser Konferenz ist man jetzt auch in  
Basanne sehr pessimistisch gestimmt.

## Eine englisch-französische Verständigung unmöglich.

Das Wort wird gemeldet: Die Konferenz ist beendet.  
Die englischen Delegierten verlassen Freitag früh Paris.  
Meint meldet: Die Pariser Konferenz ist abgebrochen  
worden, ohne daß eine Verständigung erzielt worden  
wäre.

### Die geistige Vollstzung.

Die dritte Vollstzung der Konferenz hat am Donner-  
tag einige Minuten nach 3 Uhr begonnen. Über die Ver-  
handlungen im ersten Teil der Sitzung berichtet Bonar Law.  
Torretta kritisierte kurz den britischen Plan vom italienischen  
Standpunkt aus und hob besonders hervor, daß die Soli-  
darität der ehemals feindlichen Mächte durch den Vorschlag  
Bonar Laws entgegen den Bestimmungen des Vertrages  
von Versailles gebrochen sei. Italien könne auf die Weise  
von Österreich und Ungarn keine Abnahmen erlangen und  
habe geglaubt, als Kompenstation einen Anteil an der  
deutschen Bevölkerung beanspruchen zu können, die aber der  
britische Plan beträchtlich herabstellen wolle. Die italienische  
Regierung bleibe aber auf dem Standpunkt, den sie in  
ihrem Memorandum gefestigt habe.

Zu Beginn der gestrigen Nachmittagssitzung (3 Uhr)  
berichtet Marchese della Torretta die neuen ita-  
lienischen Vorstellungen, die nach Bonar Law dem fran-  
zösischen Plan sehr nahe kommen und sich vor allem  
im Gebaren der Bevölkerungsabnahme von Ländern als  
Gegenstellung für das Moratorium anschließen. Wie  
Bonar Law weiter berichtet, hat dann Poincaré die gestern  
von Bonar Law erhobenen Einwände beantwortet. Im  
Anschluß daran verlangte der englische Premier  
in seiner die Erdierung einer Note, die er am frühen  
Nachmittag der Konferenz übergeben hat und in der die  
Bestimmungen von Poincaré an dem britischen Plan geistige Gültigkeit  
beantwortet wird. Der französische Minister-  
präsident erklärte, daß dann gut Kenntnis genommen  
habe, daß es ihm genüge, festzuhalten, daß dieses Dokument  
den Grundstein der Völkerberuhigungnahme, den die französi-  
sche Regierung für unerlässlich halte, ablehne, und daß es  
ihm daher unmöglich scheine, in die von Bonar Law ver-  
langte Erdierung einzutreten. Indessen wurde auf  
Drängen der englischen Delegation und der belgischen Ver-  
treter vereinbart, daß jede der Delegationen sich den  
englischen Entwurf und den italienischen Plan einer  
Prüfung unterziehen solle und daß nach einer Stunde die  
Konferenzverhandlungen wieder aufgenommen werden sollen.  
Die belgische, französische und italienische Dele-  
gationen sogen sich darauf jede in einen besondern Raum  
aus, um die gewünschte rasche Beurteilung vorzunehmen,  
während die englische Delegation sich in ihrem Gasthof be-  
gab. — Der Endruck dieses ersten Teils der Sitzung be-  
stätigt noch Bonar Law's vormittags festgestellten. Das  
Zustandekommen einer Einigung ist nach wie vor völlig  
unwahrscheinlich und unter diesen Umständen würde  
die Konferenz wahrscheinlich heute abend auseinander-  
gehen.

Bonar Law meldet amtlich: In der Schlussfassung der Kon-  
ferenz erklärte Bonar Law, die englische Regie-  
rung sei überzeugt, daß der Ausführung der trans-  
sitionalen Vorstellungen nicht die gewünschten Ergebnisse erzielt,  
sondern wahrscheinlich ernste und unheilvolle Folgen für  
die wirtschaftliche Lage Europas hervorgerufen würden.  
Die britische Regierung könnte sich daher diesen Vor-  
schlägen nicht anschließen und bedauere die un-  
verzöglichliche Meinungsverschiedenheit in der  
ersten Angelegenheit außerordentlich. Aber die freund-  
schaftlichen Gefühle der britischen Regierung und des  
britischen Volkes gegenüber der französischen Regierung  
und dem französischen Volke würden dadurch unverändert  
bleiben.

Poincaré führt hierauf aus, die französische  
Regierung habe sich eingehender Prüfung der eng-  
lischen Vorschläge festgestellt, daß diese eine Umgestal-  
tung des Vertrages noch nicht stehen würden, die die französische Regierung nicht annehmen  
können. Sie bedauere die Unmöglichkeit einer Verständigung  
und verlängere, daß die Gefühle der Regierung und des  
Volkes von Frankreich gegenüber England unverändert  
bleiben werden.

In der Rede Poincarés heißt es weiter: Wenn ein  
Reparationswillen in Deutschland nicht vorhanden sei,  
würde trotz aller Befreiungen von den Sanktionen der  
Zusammenbruch der Welt fortsetzen. Ferner bedeute  
die französische Forderung, den Ertrag der Völker bis  
zum Abschluß einer Anleihe in der Hand zu behalten,  
keineswegs eine Ablehnung des Moratoriums, sondern  
lediglich, daß Frankreich nicht mehr als ein Teilmoratorium  
gewährt werden wolle. Außerdem habe es die französische  
Regierung ja unterlassen, den Umgang des Moratoriums  
und die Voraussetzungen für die Berechnung der Sank-  
tionsen anzugeben. Mit der Abänderung des Wertes  
der produzierten Völker habe es nichts zu tun. Der französi-  
sche Regierung führt hierauf aus, tomme es bei  
einem Vergleich zwischen den Opfern, die jedem Alliierten  
nach dem englischen Plan zugemessen würden, nicht  
so sehr auf Sahlen, als vielmehr auf die allgemeine  
Sage Frankreichs bezw. Englands im Hinblick auf ihre  
finanziellen Opfer im Kriege an. Wenn man von der  
Möglichkeit einer Abänderung der Sanktionsen des ameri-  
kanischen Kongresses abhebe, würde England, nachdem der  
Plan Bonar Laws ihm die darin vorgelebten Summen  
zur Verfügung gestellt hätte, den Vereinigten Staaten noch 9 Milliarden Goldmark schulden. Darauf tämen die  
Sanktionen mit etwa 30 Milliarden Goldmark. Darauf Englands  
Lasten sind auf etwa 38 Milliarden beladen. Frankreich  
leiderweise würde von Deutschland 10,4 Milliarden  
erhalten und hätte damit 14 Milliarden Schulden bei  
Amerika und 20 Milliarden Goldmark zu zahlen, im ganzen  
also 84 Milliarden. Wenn ferner Bonar Law behauptet,  
daß das englische Programm sich dem Anhang 2 zu den  
Reparationsbestimmungen des Vertrages an-  
passte, und daß dieser übrigens bereit bei der Einziehung  
des Garantiekomitees eine Abänderung erfahren habe, müsse  
dazu bemerkt werden, daß diese Abänderung bereits im  
§ 22 des genannten Anhangs 2 von Anfang an vorgesehen  
war. Zu weiteren Abänderungen dagegen im Sinne  
des englischen Entwurfs ermächtigte dieser Paragraph  
keineswegs. Die Reparationskommission selbst könnte  
wohl auf Grund des § 7 im Anhang 2 Ausschüsse in der  
Art des von Bonar Law vorgeschlagenen Finanzrates  
einsetzen, aber sie könne solche Ausschüsse nicht für vollkom-  
men unabhängig erklären und ihnen ihre eigenen Voll-  
machten übertragen, noch weniger aber beschließen, daß sie  
selbst zu vertheidigen hätte. Der Vorschlag, ein Mitglied  
des Finanzrates von der deutschen Regierung,  
ein weiteres Mitglied von ihr und der Reparationskom-  
mission oder vom Präsidenten der Vereinigten Staaten er-  
nennen zu lassen, beträchtliche die vertragsmäßig festge-  
legten Vollmachten der alliierten Mächte. Nach Ansicht  
der englischen Regierung wäre es schließlich nur ein ein-

ziges Organ, das berechtigt wäre, von Deutschland die Ent-  
richtung dieser oder jener Steuer, das Verbot dieser oder  
jener Ausgaben zu fordern, nämlich die verantwortliche  
deutsche Regierung selbst, und Bonar Law erklärt auf  
Grund dieser Aussicht den von der französischen Regie-  
rung vorgeschlagenen Lebewachtdienst für vertra-  
widrig und eine Neuerung ohne Beispiel. Dieser Aus-  
schuß sei aber nichts anderes, als das 1921 in London  
geschaffene Garantiekomitee. Poincaré verteidigt auf  
die Völkerbund in der österreichischen Frage an-  
gewandte Methoden und erklärt, auch der englische Ent-  
wurf selbst habe ähnliche Bestimmungen für den ausländi-  
schen Finanzrat vor. Ein Eingriff in die Haushalte,  
betreffend den Geldumlauf, seines in das Budget, in die  
Haushaltsgesetzgebung, die öffentlichen Ausgaben, die all-  
gemeine Finanzverwaltung und die Realisierung der  
Kapitalbewegung seien eben unvermeidlich. Sie haben jeder  
Kontrolle. Das steht der englische Text selbst fest.

Auf Paris wird ferner gemeldet: Der diplomatische  
Rabatteur der Havas-Agentur hat auf Umfrage bei den  
verschiedenen Delegationen festgestellt, daß der zwölfte Kon-  
ferenztag (Mittwoch) denselben Endruck gemacht hat, wie  
der erste, daß nämlich der Ausgleich zwischen der  
englischen und der französischen Aussicht auf eine  
Möglichkeit erscheine. Dieser Endruck habe sich noch  
verstärkt infolge der von Poincaré und Thénard vorgenommenen  
Kritik des englischen Entwurfs. Bonar Law habe wohl einige Zugeständnisse im einzelnen gemacht,  
die sich auf die Aufrechterhaltung der belgischen Priorität  
und die Zusammenfassung des "Finanzrats" beziehen, im  
Gegenzug aber sei der englische Plan mit seinen beiden Haupt-  
forderungen: Moratorium ohne Völker und Garantien  
sowie Verkürzung der französischen Forderungen, im weit-  
esten Maße aufrechterhalten worden. So trenne, um ein  
Wort von Thénard zu gebrauchen, ein Graben die  
öffentliche Meinung Englands einerseits und Frankreichs andererseits. Die französische Regierung, die durch ihren Vorsitz, gemeinsam mit den Alliierten ausdrücklich wirtschaftliche Völker zu ver-  
sprechen, ohne irgend eine militärische Aktion im Werk  
zu sehen, für auf Beschränktheit verzichtet. Weiterhin  
bis zum äußersten gesteigert habe, habe die Grenzen der  
für das Land annehmbaren Zugeständnisse bereit gestellt,  
das notwendige Entgegenkommen müsse daher von Seiten  
der englischen Regierung kommen.

Wie Havas weiter meldet, werde Frankreich keinen  
Plan zulassen, der Deutschland erlauben würde, sich zum  
Rückteil der zerstörten Länder zu erheben. Der Besitz  
an militärische Zwangsmassnahmen wäre Frankreich  
eukleres Augenblicks. Poincaré habe diese Aussicht  
gestern nachmittags klar ausgesprochen.

Bonar Law sagte nach der Pariser Morgenpost  
in der Rede, die er am Mittwoch auf der Konferenz hielt:  
Die wahre Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und  
England ist eine sachliche. Wenn ich glaube, der französi-  
sche Plan könnte Geld einbringen, würde ich ihn sofort  
annehmen, daß es unter Ziel ist, aus einem schlechten  
Geschäft so viel wie möglich herauszuschlagen. Weiter er-  
klärte er: Wenn Deutschland seine Verpflichtungen nicht  
erfüllen würde, wäre England bereit, die strengen San-  
tionsen zu ergehen. Die belgische Priorität von 2 Milliarden Goldmark habe man in dem Augenblick zugestanden, in dem man noch beträchtliche Summen von Deutschland  
erwartet habe. Wir glaubten, so sagte Bonar Law, den Belgien ein Opfer bringen könne. Aber wenn man wie  
Poincaré es sagt, denkt, daß wir in diesem Vorschlag zu weit gegangen sind, und wie vollkommen bereit, auf unserem Plan denjenigen Teil zurückzusieben, der ein Opfer  
von Belgien fordert." Bonar Law verteidigt den Standpunkt,  
der englische Plan verlege nicht den Anhang 2 des Ab-  
schlusses des Vertrages. Aber es werde höchstens die  
englischen juristischen Sachverständigen befragen. Offiziell  
des bei der Bank von England depositierten französischen  
Geldes erklärte Bonar Law, es befindet sich schon in  
Amerika. Frankreich könne es nur unter der Bedingung  
wiederherstellen, daß es seine Schulden bei den Alliierten  
bezahle. Man dürfe sich keine Illusionen über die Realis-  
tät der Meinungsverschiedenheit unter den Alliierten machen. Die Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich  
und England betreffe den Betrag des deutschen Schadens und  
die Art der Einziehung. Hinsichtlich des zweiten Punktes  
verkenne der französische Plan, daß die einzige Art, sich  
sofort bedeutende Zahlungen zu verabreichen, durch die  
Kredit Deutschlands wieder zu leben. Die wirtschaftlichen  
Völker, die Poincaré ins Auge gesetzt habe, mag-  
ten die Wiederherstellung dieses Rechtes unmöglich. Die  
Hand auf das Kriegsgebiet zu legen, bräche die Lebensader  
Deutschlands bedrohen. Außerdem würden die Zahlungen,  
die Frankreich während der Moratoriumszeit verlangt,  
die Stabilisierung der Wirtschaft unmöglich machen.

## Eine amliche deutsche Erklärung.

Amtlich wird folgende Erklärung verbreitet: Nach den  
am Donnerstag abend in Berlin eingetroffenen Berichten  
ist die Pariser Konferenz ergebnislos verlaufen. Es hat  
sich herausgestellt, daß die auf der Konferenz vertretenen  
Mächte nicht einmal dem englischen Reparationsplan, der  
eine Abteilung der deutschen Schadens mit einem Gegen-  
wertswerte von nahezu 40 Milliarden Goldmark vorstellt,  
eine Summe, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands bei  
weitem übersteigen hätte, ihre Zustimmung erteilen  
wollte. Die Konferenz ist nicht nur in Deutschland, sondern  
von den Einflüssen aller Länder begrüßt worden in der  
Hoffnung, daß endlich, vier Jahre nach Beendigung des  
Krieges, das Reparationsproblem eine ausführbare Lösung  
finden, und daß Deutschland wie ganz Europa aus dem  
wirtschaftlichen Chaos, in das es durch die politische Ver-  
handlung dieses rein wirtschaftlichen Themas verlegt  
worden ist, herausgebracht werden könnte. Diese Hoffnung  
hat sich nicht erfüllt. Die deutsche Regierung hat in ersten  
Besprechungen mit maßgebenden Faktoren der deutschen  
Wirtschaft eine eingehende Unterredung über die wirtschaft-  
liche Leistungsfähigkeit Deutschlands ange stellt und das  
Ergebnis in Vorschlägen, die bis an die äußerste Grenze  
dieser so festgestellten Leistungsfähigkeit gingen, niedergelegt.  
Sie hat an die Konferenz das Gründen gerichtet, diese Vor-  
schläge entgegenzunehmen und durch einen Beauftragten  
erläutert zu lassen. Deutschland ist nicht gehört worden,  
obwohl es nach dem Friedensvertrag den Anspruch darauf  
hatte. Seine Vorschläge sind in Paris nicht einmal entgegen-  
nommen worden, während auf der unter dem Vorsitz  
Bonar Laws tagenden Londoner Konferenz die deutschen  
Vorschläge wenigstens in Empfang genommen und geprüft  
worden sind. Die deutsche Regierung hat angefordert, daß  
die Aussicht, die in Paris schon der englische Reparations-  
plan gefunden hat, davon abgesehen, ihre Vorschläge, die  
unter diesen Umständen keine Aussicht auf Verhandlung  
hatten, auf die Konferenz unaufgefordert zur Kenntnis  
zu bringen. Trotz dieser neuen Einsicht hält die

erinnerung an der Neuerzung fest, daß nur eine vernünftige und für Deutschland tragbare Lösung der Reparationsfrage Europa vor dem sonst unvermeidlichen Krieg bewahren kann. Sie wird sich von dem Wege, wie er durch die Note vom 14. November und die darausfolgenden Erklärungen vorgeschrieben und wie er vom Reichstag genehmigt worden ist, nicht abringen lassen."

### Berliner Pressestimmen zum Abbruch der Konferenz.

Die durch den Abbruch der Pariser Konferenz entstandene Rechtslage charakterisierte die Berliner Blätter über einstimmig folgendermaßen: Solange der Vertrag von Versailles noch gilt, hat Deutschland es nicht mit einzelnen Mächten, sondern mit der Reparationskommission zu tun. Ganz muß die Reparationskommission das Moratorium abgelehnt haben, muß Deutschland den am 15. Januar fälligen Betrag nicht gezahlt haben, muß eine vorläufige Verabredung festgestellt und eine Einigung der Alliierten über die zu ergreifenden Maßnahmen erzielt sein — erst dann sind Sanktionen vertragsmäßig aufzulösen. Führt Frankreich also auf eigene Faust einen Überfall auf Deutschland aus, dann macht es, wie sämtliche Blätter betonen, den Vertrag von Versailles an einem reichen Papier, und ferner wird es vertragstrüchlich und seinen Verbündeten gegenüber, denen damit die Pflicht ausfällt, Deutschland in der Rechtsähnlichkeit, die ihm der Vertrag gesetzlich hat, zu schaden.

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" sagt: Die französische Regierung beweist von neuem, daß es ihr nicht auf die Erledigung der Reparationsfrage, sondern auf die machtpolitische Bekämpfung imperialistischer Mächte ankommt. Ein durchschaubares Verbrechen an Europa bereitet sich vor. Das deutsche Volk wird in Stolz und in Ruhe einmütig zur Regierung stehen. Schwere Stunden liegen vor uns — sie sollen ein starkes Geschlecht finden.

Auch das "Berliner Tageblatt" bezeichnet als Vorstufe der Stunde die Zurückstellung aller inneren Forderungen, die völklige nationale Geschlossenheit und Entschlossenheit, angemessene Forderungen die Stiere zu dienen und die Folgen heroisch an tragen.

Der "Volksanzeiger", der den Gedanken an einen Krieg wegen der Wehrlosigkeit Deutschlands als Totschlag bezeichnet, räumt: Verzagen? Niemals! Auch dieser Wahn wird sich ausstreuen, so trübe die Zukunft auch vor uns steht. Nur wenn Deutschland sich selbst aufgibt, ist es verloren.

Das "B. L." meldet, daß die Reichsregierung voraussichtlich heute vormittag in einer Kabinettssitzung zu dem Abbruch der Pariser Konferenz Stellung nehmen werde. Wie mehrere Blätter mitteilen, ist eine vorzeitige Einberufung des Reichstags nicht abbilligbar. Für Anfang nächster Woche werde jedoch der Auswärtige Ausschuß einberufen werden. Die "Börs. Zeit." will wissen, daß der Reichskanzler voraussichtlich diese Gelegenheit benutzen werde, um Erklärungen abzugeben.

#### Aufregung in Paris.

Die Aufregung in Paris über den Abbruch der Konferenz ist ungeheuer, obwohl man fast allgemein auf diesen Ausgang gefaßt war. Die Blätter brachten schon gegen 7 Uhr Extraausgaben heraus, die den Händlern fast aus der Hand gerissen wurden. Alles fragt sich, was jetzt geschehen soll, nachdem jeder der Alliierten seine Handlungsfreiheit zurückgehalten hat. Uebrigens heißt es, daß zwischen Frankreich, Belgien und Italien die Verhandlungen auf einem anderen Wege als dem der Konferenz fortgesetzt werden sollen.

#### Belgische Vermittlung?

Der Pariser Berichterstatter der Bunter-Agentur sagt zu den Reparationsverhandlungen, die englischerseits geplanten weitgehenden Konzessionen hätten den Zweck gehabt, unter allen Umständen zu einer Einigung mit den Alliierten zu gelangen. Man müßte dabei aber auch erwarten, daß die Franzosen die extremsten Punkte ihrer Forderungen zurückziehen. Der Korrespondent spricht die Hoffnung aus, daß die Belgier wieder die Vermittlerrolle zwischen England und Frankreich übernehmen werden.

#### Frankösische Einmarschdrohung.

Eine der belgischen Abordnung nahestehende Persönlichkeit sagte dem Berichterstatter der Telegraphen-Union, daß die festländischen Alliierten, d. h. Frankreich, Italien und Belgien, Deutschland den französischen Reparationsplan zur Kenntnis bringen werden, und daß, falls Deutschland diese Bedingungen nicht annimmt, mit dem Einmarsch in das Rhineland zu rechnen sei.

#### Das Recht zu Sanktionen.

Der "Manchester Guardian" beschäftigt sich mit dem von Frankreich auf Grund des Verfaßter Vertrages in Angriff genommenen Recht zu Sanktionen gegen Deutschland und kommt auf Grund einer eingehenden Analyse der Paragraphen 17 und 18 der zweiten Anlage zum Reparationskapitel zu Ergebnissen, die mit der deutschen Auffassung in allen Punkten übereinstimmen. Bei den im Vertrage für den Fall vorstehender Nichterfüllung der Reparationsverpflichtungen vorgesehenen Maßnahmen könne es sich nach allen Regeln der Gesetzes- und Vertragsauslegung ausschließlich um Maßnahmen wirtschaftlicher oder finanzieller Art, keinesfalls aber um territoriale Maßnahmen handeln. Aus diesem Grunde habe auch Poincaré selbst jede Absicht einer militärischen Befreiung des Ruhrgebietes in Abrede gestellt und lediglich von einer Entzündung von Ingenieuren und Soldaten gesprochen. Man werde jedoch in England prüfen, ob die Befreiung solcher Personen eine wirtschaftliche und finanzielle Maßnahme und nicht vielmehr eine Beleidigung unter anderem Namen sei. Ein Verstoß gegen den Geist und Wortlaut des Verfaßter Vertrages sei es, wenn Frankreich behauptete, ohne Zustimmung seiner Alliierten gegen Deutschland vorgehen zu können. Dabei wird auf ein höchst bemerkenswertes französisches Zeugnis für diese Aussicht hingewiesen. In dem amtlichen Bericht des von der französischen Kammer für die Prüfung des Verfaßter Vertrages eingesetzten Ausschusses heißt es ausdrücklich, daß die bei Nichterfüllung der Reparationsverpflichtungen vorgesehenen Maßnahmen von den Alliierten "in gemeinsamem Einverständnis" zu treffen seien. Der Verfaßter dieses Berichtes sei kein anderer als Herr Barthou, der 1919 Vorsitzende der Reparationskommission, und die französische Kammer habe seine Auslegung des § 18 bei der Ratifikation des Verfaßter Vertrages angenommen. Ferner weist der Artikel auf die von den Alliierten gegen Deutschland vorgebrachte, argumentiert aber so, daß, wenn Deutschland um ein Moratorium bitte, man von ihm dafür die Erfüllung gewisser Bedingungen verlangen könne. Wenn man tatsächlich berechtigt sei, das zu verlangen, so sei Deutschland nicht minder berechtigt, es abzuwehnen. Schließlich wird im Zusammenhang mit dem fürstlichen von der Reparationskommission gefassten Beschlüssen über die Belastungen dargelegt, daß in diesem Falle die Zustimmung der Staatsräteinnahmen des Verfaßter Vertrages

überwunden ausgeschlossen sei. Die Verzahlung sei nach dem Vertrage die einzige Folge, die an eine von der Reparationskommission angenommene Verletzung Deutschlands gethüft werden dürfe. Die französische Behauptung, daß neben jenen besonderen Abmachungen über die Belastungen auch die allgemeinen Bestimmungen des Verfaßter Vertrages anwendbar seien, bedeute, daß man die besonderen Abmachungen nur noch zur Hälfte anerkennen wolle. An dieser langen Kette von zerbrochenen oder halbzerbrochenen Gliedern — so schreibt der Artikel — hängen die Rechtsgrundlage für die von Frankreich in Angriff genommene Befreiung, zwangsläufig und isoliert gegen Deutschland vorzugehen.

#### Die französische Golddepot in London.

Das Kabinett des Ministerpräsidenten Poincaré veröffentlicht eine Erklärung über die durch den englischen Golddepot in London. Es handelt sich hierum um einen Betrag von 50 Millionen Goldpfund, der auf Grund eines am 25. August 1916 in Calais unterzeichneten Abkommens von der französischen Regierung der englischen als Linie gewährt worden ist, während gleichzeitig die englische Regierung der französischen einen Vorbehalt von 150 Millionen Pfund Sterling gewährte. Qualitativ gesehen soll nach der amtlichen Erklärung einmal am 18. März 1917 und ein zweites Mal im Jahre 1919 eine Abänderung der Bestimmungen des Abkommens dahin gewünscht werden sein, daß die 50 Millionen Pfund französischen Goldes als eine Linie an den englischen Staatsbank angetragen werden. Diese Forderung sei jedoch beide Male von der französischen Regierung abgelehnt worden. Das Abkommen für den Charakter des Golddepots maßgebend sei. Auf Grund seiner Bestimmungen faurierte der französische Goldbetrag nach wie vor in der Bilanz der Bank von Frankreich.

#### Die "Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit".

wie sie in der Note der Reichsregierung vom 18. November als Notwendigkeit der Reparationskommission anerkannt worden ist, bildet die Grundlage zu der Neuregelung des Arbeitsrechtes und der Arbeitszeitregelung, die im Reichswirtschaftsrat noch kurz vor Weihnachten ihre Erledigung gefunden haben. Es handelt sich um zwei Gesetzesentwürfe für gewerbliche Arbeiter und Angestellte, die dem beauftragten Urteil des Reichswirtschaftsrates unterbreitet waren, und die dem Reichstag und der Reichsregierung zur Zeit als Material vorliegen. Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hatte sich über die Ausnahmen von der gesetzlichen Norm nicht einigen können. Die Arbeitnehmer hatten beantragt, daß alle Ausnahmen, abgesehen von Notfällen aus Naturereignissen, auf den Weg sozialer Vereinbarung zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften verwiesen werden sollten. Die Arbeitgebervertreter wünschten eine möglichst weitgehende gesetzliche Regelung der Ausnahmen, z. B. durch die Gewerbeaufsichtsbehörden bei außergewöhnlicher Arbeitsbedarf, für Sollongewerbe, zur Erzielung von Brennstoffen, zur Verbesserung der Verarbeitung von Rohstoffen oder in ähnlichen Fällen. Die Arbeitnehmervertreter forderten eine Einschränkung der freien Vereinbarung bei Tarifverträgen und drückten im sozialpolitischen Ausschuss ihre Ansicht durch. In der Volksversammlung gewann die Ansicht der Arbeitgeber, die begründet war mit der Notwendigkeit der Produktionsvermehrung, die Unterstützung auch zahlreicher Arbeitnehmervertreter, von denen nur Max Cohen genannt sei. In einer neuen Fassung, in welcher die Ausnahmen noch mehr spezialisiert wurden, wurde der Standpunkt der Arbeitgeberkreise angenommen, die Volksversammlung erklärte sich jedoch bereit auch die Gewißheit des sozialpolitischen Ausschusses als Votum der Minderheit des gesetzgebenden Körperschaften zu unterstützen. Das Arbeitzeitsetz für Angestellte wurde aus Zeitmangel vorläufig zurückgestellt. Für die großen gesetzlichen Ausgaben, die sich aus der Neuregelung der Reparationsverpflichtungen ergeben, hat somit der Reichswirtschaftsrat, dessen hoher Beratungsniveau in erstaunlichem Gegensatz zu der Arbeit anderer Parlamente steht, eine wertvolle Vorarbeit geleistet.

#### Der Kampf gegen die koloniale Lage.

So wünschenswert und notwendig immer erneute allgemeingehaltene Kundgebungen gegen die Grundlagen des Friedensvertrages sind, so wenig darf man sich darüber im Unklaren sein, daß Eindruck auf die Öffner nur der mit Tatsohnenmaterial belegte Kampf gegen die Einführung des Verfaßter Vertrages machen wird. Aus der Widerständigkeit und Unwahrsichtigkeit immer neuer Einzelheiten muß der Welt die Unmöglichkeit des Gesamtgebildes vor Augen geführt werden. Bei den antechristlichen Bestimmungen des Friedensvertrages gehört die Lage, daß Deutschland seiner Kolonien beraubt worden ist, weil es sich kolonialistisch unfähig erwiesen habe. Auf dieser Lage ist die sogenannte Mandatsherrschaft, d. h. die verschleierte Auseinandersetzung der Kolonialherrschaft vorgenommen worden. Nun kommen immer neue Nachrichten über den Verfall der ehemaligen Kolonien unter der neuen Herrschaft, besonders unter der Mandatsherrschaft der französischen. Innerhalb Frankreichs sind aus der Verwaltungspraxis Frankreichs bekannt geworden, die in einzelnen Fällen bereits zum Selbstmord der verantwortlichen Beamten geführt haben. Wie sehr die deutsche Fürsorgearbeit heute bereits verhindert wird, darüber finden sich immer neue Anklagebelege in der französischen Presse. So zeigt neuerdings das Blatt "L'Europe" wieder daraufhin, daß in Togo in der Gegend von Kloto die erfolgreich durch die Deutschen begonnenen Anpflanzungsversuche von arabischem und mittelamerikanischem Kaffee in leichter Zeit vollständig vernichtet worden sind. Das in den früheren Jahren von der deutschen Verwaltung sorgfältig überwachten Anpflanzungen sind seit dem Abzug der Deutschen (völkisch) unbedeutend, und den eingeborenen vernachlässigt und überwuchert. Anzudenken hat die Gente in diesem Jahre nur die Hälfte von den Erzeugnissen aus den Jahren 1912 und 1913 ergeben. Ein wertvolles Dokument für die deutsche Leistung ist ferner ein Katastrophe, der fürstlich in London anlässlich der Versteigerung von 79 Grundstücken in Kamerun ausgegeben wurde. Einwandfrei wird hier von der englischen Regierung anerkannt, was von deutscher Seite in verhältnismäßig kurzer Zeit geschafft worden ist. Die Zonausbauplanung wird als eine der besten Zonausbauarten der ganzen Welt bezeichnet, andere als ganz hervorragend ausgerichtet, wie die "Afrika-Märkte" mitteilen wissen. Bis ins Einzelne hinein werden die vorhandenen Einrichtungen maschinelles und sanitäres Art beschrieben. Zahlreiche Karten und Photographien belegen diese Darstellung. Um so unerhört ist die Stunde, mit der die Schädler dieser kolonialistischen Anlagen von ihrem Hab und Gut verjagt worden sind und die Vertrogenheit der Behauptung, Deutschland verstecke nicht zu kolonisieren.

#### Die gesundheitliche Verselbständigung des deutschen Volkes.

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt Hirschfeld veranstaltete am Donnerstag in den Räumen seines Ministeriums einen Pressesaal, zu dem die Reichsminister Diefenbach und Dr. Voßher, die preußischen Minister

Gesering, Glüsing, Wenckebach, Dr. Voßher und von Richter erschienen waren, sowie zahlreiche berühmte Berliner Vertreter der Bürgerschaft. Der Minister wußt in seinen Begrüßungsworten darauf hin, daß unter den ihm anvertrauten Kreisangehörigen die Volksgesundheit der Gegenstand seiner schweren Sorge sei. Die Sorge einer gesundheitlichen Verselbständigung des deutschen Volkes bedrohte gleicherweise aber Geländeuro. Er rief die Pressevertreter auf, ihm behilflich zu sein, die Welt über die gesundheitliche Not des deutschen Volkes aufzuklären. Danach ergreiften die Befreigten, Geheimrat Krohn und Geheimrat Dietrich, das Wort zu eindrucksvollen Ausführungen über die neuen erfreulichen Erfahrungen und Beobachtungen auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens in den 35 preußischen Regierungsbezirken.

Geheimrat Oberregierungsrat Dr. Krohn legt dar, wie und neben der wirtschaftlichen Verselbständigung die weit größere Gefahr der völligigen Verkrüpplung unseres Volkes und damit auch der Arbeitsfähigkeit unseres Volkes droht. Die nach dem Kriege infolge günstiger Ernährung eingetretene allmäßliche Besserung der durch die Hungerblödose so schwer geschädigten Gesundheit hat aufgedröhrt und seit Mitte 1922 ist eine neue Verkrüppelung unverkennbar. Weite Schichten unseres Volkes können die für eine normale Ernährung erforderlichen Mengen der wichtigsten Nahrungsmittel nicht mehr beschaffen, da die Preise für Brot, Fleisch, Milch, Eier usw. ja sehr für Brot und Kartoffeln seit dem Sommer 1922 eine erstaunliche Höhe erreicht haben. Bedingt doch davon eine vierjährige Famille für den normalen Bedarf an Brot beim Margarine eine jährliche Summe von etwa 200 000 Mark. Indes kann jetzt die normale Ernährung einer solchen Famille mindestens 750 000 Mark jährlich. Zahlreiche Familien, namentlich der bürgerlichen Bevölkerung, kleine Gewerbetreibende, Sozialrentner, alte Leute usw. führen bereits ein ausgedehntes Hungersleben. Die Nahrungen über Todesfälle an Verhungernden, über Säuglingssterblichkeit und Hunger sterben sich. Das Gesetz zunehmender Unterernährung der Massen unseres Volkes steht erfreulich vor uns.

Sonders bedeutsam erhebt die gesundheitliche Zukunft unserer Kinder. Die geringe durch Qualitätsschwächen und andere Mittel erreichte Besserung der Ernährung unseres Nachwuchses schwundet wieder dahin. Selbst die vor und während des Krieges geringe Säuglingssterblichkeit nimmt seit Mitte 1922 zu. Aus 24 von den 35 preußischen Regierungsbezirken werden Beobachtungen über die neuerrichtete Unterernährung der Kleinkinder und Schulkinder berichtet. Die gemeldeten Säugern über Unterernährung geben zum Teil erheblich über 50 Prozent hinaus. Skropulose, Drüsenkrankungen, Nachtschweiß zeigen wieder eine deutliche Zunahme. Hunderttausende unserer Kinder bekommen heute keinen Tropfen Milch mehr, da die Eltern sie nicht mehr bezahlen können. Die Folgen des völligen Verhunders der Milchnahrung für die heranwachsende Jugend werden und müssen vernichtet sein.

Die Tuberkulose, die während des Krieges erheblich angestiegen, nach dem Kriege aber wieder etwas zurückgegangen war, steigt neuerdings wieder bedenklich an. Schlechte Ernährung, Wohnungnot usw. sind die Hauptursachen dieser Erkrankung. Der Tuberkulosemangel hat seit Anfang 1922 ein Ansteigen der Erkrankungsziffern beobachtet. Allein im 1. Quartal 1922 betrug die Zahl der Todesfälle an Lungenerkrankungen 17 780 gegenüber nur 14 549 Todesfällen im 1. Quartal 1921. In den Städten über 10 000 Einwohnern stieg die Zahl der Todesfälle an Erkrankungsziffern von 23,8 (auf 10 000 Einwohner berechnet) im 1. Quartal 1921 auf 30,9 im 1. Quartal 1922. Die von der Entente verlangte Ablieferung noch schwererer Kohlemengen wird die Zunahme der Erkrankungen weiter verschärfen. Der Mangel an Brot, die Verzehrung der Säuglingsschäfchen, die Versteinerung der Seele machen Tausende eine geordnete Körperpflege unmöglich. Die Folgen sind viele Hautkrankheiten und eine Zunahme der Seuchengefahr. Sollten heute Fälle von Cholera, Pest, Vogel usw. in unser Land eindringen, so würden sie in dem geschwächten deutschen Volkskörper einen glänzenden Nährboden finden.

Um mit großer Sorge leben wir der Entwicklung dieser Verhältnisse entgegen. Wird uns nicht baldige Hilfe zu teilen, so ist die gesundheitliche Besserung unseres Volkes unvermeidlich. Zweitens liegt die Hauptursache dieses Elends in dem durchdringen wirtschaftlichen Druck des Verfaßter Friedensvertrages. Deshalb kann nur die Herabsetzung der Bedingungen dieses Vertrages auf ein erträgliches Maß unter Volk, insbesondere unter heranwachsende Generation, vor dem Untergange retten.

Geheimrat Prof. Dr. Dietrich ergänzte die Ausführungen des Geheimrats Dr. Krohn durch Mitteilungen über die Lage der Arznei, der Apotheker und der Heilanstalten. Der deutsche ärztliche Stand, bisher durch seine Leistungen in allen Kulturräumen hochangesehen und mit einem Auskommen, das ihm ermöglichte, sich neben der Berufsausbildung wissenschaftlich fortzubilden, befindet sich zur Zeit in einer traurigen Lage. Die Hauptschuld trägt die Verarmung der Bevölkerung, die den Arzt nicht mehr in Anspruch nehmen kann, und jede Taxerhöhung vermindert die Zahl der Arztsuchenden noch mehr. Dazu kommt, daß der zur ärztlichen Praxis notwendige Apparat einen großen Teil der Einnahmen verdrängt. Der Arzt sieht sich schließlich noch anderweitig Ewerd um, während die Bevölkerung gegen Kranken und Krankenversicherung gleichgültig wird und den Feinden der Volksgesundheit Tür und Tor öffnet. Selbst der gegen Krankheit Verschwiegenheit meldet sich nicht stark, da er mit dem Krankengeld sitzt und seine Familie nicht erhalten kann, sondern arbeitet fort, bis er auf dem Platz stirbt. Arztlich und nicht weniger traurig liegt es bei den Apothekern. Sie müssen mit viel Kapital Kapitallosse befreien, ohne eine der fortwährenden Geldentwertung entsprechende Einnahmen zu haben. Der medizinische und pharmazeutische Nachwuchs studiert kümmerlich und muß zugleich für seinen Unterhalt sorgen. Wenn dann die Berufsausbildung unter großen Schwierigkeiten und Einschränkungen steht, ist es an Berufsbefähigung. Auch die Heilkunstfamilie findet nur ein flüchtiges Dasein trotz der Arzngemeinschaft und hochzügiger Spender im Ausland, solange die Träger der Ausbildung der Wissenschaft in der Praxis, die Arzte und die Apotheker, im Hintergrund auf den Kampf ums Dasein die Wissenschaft nicht mit ihrer Beobachtung und Erfahrung unterführen können. Eine durchgehende Hilfe kann nur durch Verminderung der allgemeinen wirtschaftlichen Not erzielt werden.

Die Heilanstalten, die den sozial ungünstig gestellten Bevölkerungsschichten eine gute Krankenfürsorge ermöglichen sollen, wie sie zur Zeit in zahlreichen Familien überhaupt nicht möglich ist, zumal in dieser Zeit der großen Wohnungnot und die für die Gesundheitsförderung wie für sozialhygienische Fortschritte ungemein wichtig sind, befinden sich infolge der Teuerung in einer trostlosen Lage. Zahlreiche Kastelle müssen den Betrieb einschränken, andere schließen: von Krankenanstalten 12 Prozent, darunter auch kommunale Anstalten, von Säuglingsheimen 15 Prozent, von Krippen 45 Prozent. Andere Schließungen stehen bevor; was jetzt aber untersucht ist, ist für immer verloren. Die Reichsregierung hat bereits eine Milliarde zur Unterstützung gegeben. Ausländische Freunde haben durch großzügige Spenden geholfen. Doch sind noch weit größere Beiträge erforderlich, wenn die bringende Not gelindert werden soll, und auch auf diesem Gebiet wird eine gründliche Hilfe nur durch eine Erleichterung des auf dem deutschen Volke lastenden wirtschaftlichen Drucks erzielt werden können.